

Identitätspolitik aus konstruktivistischer Perspektive

Karsten Schubert / Helge Schwiertz

1. Einleitung

„Identitätspolitik“ ist ein relativ junger politischer Begriff. Er wurde Ende der 1970er-Jahre von Schwarzen Feministinnen in den USA geprägt und bezeichnet dort die politische Praxis einer sozialen Gruppe, die ihre spezifische Unterdrückungserfahrung zum Ausgangspunkt von widerständiger Politik macht (Combahee River Collective 1979: 365).¹ Seitdem wurde das Konzept in Emanzipationskämpfen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen genutzt und insbesondere in der feministischen und postkolonialen Theorie kontrovers diskutiert (MacKinnon 1991; Hark 1999; Spivak 1987; Hall 2016; vgl. Susemichel/Kastner 2018). Erst in Folge des Erstarrens rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien in den 2010er-Jahren ist „Identitätspolitik“ jedoch in einer breiteren Öffentlichkeit sowie den gesamten Sozialwissenschaften thematisiert worden (vgl. van Dyk 2019; Manow 2019; Schubert 2020b, siehe auch Dietze und Roth 2020). Es verwundert nicht, dass sich die politische Theorie an diesen Diskussionen beteiligt, geht es dabei doch um fundamentale konzeptuelle Fragen der zeitgenössischen Demokratie: Braucht die Demokratie eine Pluralität partikularer Perspektiven oder zerstört solche Partikularität die Einheit des Gemeinwesens? Und sollte das Wort von Betroffenen besonderes Gewicht in der politischen Deliberation haben oder unterminiert das den demokratischen Diskurs?

Einerseits spricht vieles dafür, Identitätspolitik aufgrund der breiten Verwendung als politischen Grundbegriff zu bezeichnen, der ein in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmendes Bewusstsein für die Heterogenität gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ausdrückt; andererseits ist „Identitätspolitik“ in den letzten Jahren zu einem Kampfbegriff polemisi-

1 Dies ist eine überarbeitete und gekürzte Fassung eines Zeitschriftenartikels (Schubert und Schwiertz 2021). Wir danken den Herausgeber:innen dieses Sammelbandes und den weiteren Teilnehmenden des Autor:innenworkshops in Göttingen für die Anmerkungen, die dieser Überarbeitung zugrunde liegen.

scher Debatten geworden, in denen meist die Komplexität des Begriffs und seiner Tradition in feministischen und postkolonialen Theoriedebatten verkannt wird. In zahlreichen Publikationen wird Identitätspolitik als eine Gefährdung der Demokratie beschrieben, weil sie jeweils unterschiedliche Arten von Einheit spalte, die von verschiedenen Traditionen der politischen Theorie als zentral für die Demokratie gesehen werden: Liberale und Kommunitarist:innen kritisieren die Spaltung der Öffentlichkeit und des politischen Gemeinwesens (Lilla 2017; Fukuyama 2018) und kritische Theoretiker:innen die Spaltung der Kämpfe um Gerechtigkeit und Emanzipation (Žižek 1998; Streeck 2017; Fraser 2017). Quer durch diese Debatten zieht sich ein Vorwurf gegen die Identitätspolitik: Sie sei essentialisierend, das heißt, sie schreibe Menschen auf eine bestehende partikulare Identität fest und führe so zur jeweiligen Spaltung.²

Angesichtes dieser Vereinseitigungen möchten wir aufzeigen, wie „Identitätspolitik“ als politischer Grundbegriff konturiert werden kann, indem wir an seine vielschichtige Begriffstradition anschließen und verschiedene theoretische Aspekte ausdifferenzieren. Als prägend für den Begriff der „Identitätspolitik“ erachten wir ein konstruktivistisches Verständnis von Identität, die in Bezug auf Strukturen der Diskriminierung hergestellt wird, um politische Kritik zu äußern. Dies ist auch in Hinblick auf die aktuellen Kritiken an Identitätspolitik bedeutend. Im Gegensatz zum dort unterstellten Essentialismus argumentieren wir, dass politische Identitäten immer konstruiert und im Wandel begriffen sind. Wir zeigen also, dass politische Identitäten nicht essentialistisch gegeben sind, sondern verbunden mit einem emanzipatorischen Streben aktiv durch politische (Sub-)Kulturen und Bewegungen hergestellt, erlernt und praktiziert werden, also das Resultat sozialer und politischer Konstruktionsprozesse sind: Identitätspolitik ist transformativ.³ Identitäten entsprechen hierbei weder einem persönlichen

2 Siehe Schubert und Schwiertz (2021) für die detaillierte Diskussion der Interpretation und Kritik von Identitätspolitik als Essentialismus.

3 Neben einem Begriff der Identitätspolitik im engeren Sinne als emanzipatorisch ausgegerichtete Bewegungen, der die Kämpfe von Betroffenen gegen ihre Unterdrückung und strukturelle Benachteiligung bezeichnet (siehe dazu Villa und Geier 2017), lässt sich auch von einer Identitätspolitik im weiteren Sinne sprechen. Zum einen ist jegliche Politik mit sozialen Positionen und daraus resultierenden partikularen Identitäten verknüpft, auch wenn diese häufig nicht benannt werden, wie wir weiter unten durch eine Kritik an Positionen hervorheben, die sich selbst als universell darstellen. Zum anderen werden Identitäten insbesondere auch in Kämpfen von rechten Bewegungen wie Maskulinisten, der Identitären Bewegung oder Pegida und AfD angeführt, die auf die Aufrechterhaltung ihrer dominanten Position als Männer bzw. weiße Deutsche

Wesenskern noch lassen sie sich eindeutig auf gesellschaftlich bereits gegebene Kategorien zurückführen. Vielmehr werden Identitäten in sozialen und kollektiven Prozessen hergestellt und ausgehandelt: „all identity-making is an accomplishment“ (Lawler 2014: 2). In diesem Sinne sind Identitäten „personal and political projects in which we participate, empowered to greater or lesser extents by resources of experience and ability, culture and social organization“ (Calhoun 2003: 28).

Um das konstruktivistische Verständnis der Identitätspolitik zu erarbeiten, rekonstruieren wir zunächst die seit den 1980er-Jahren mit zunehmender Komplexität geführten Debatten über Identität und Identitätspolitik, mit denen die feministische und postkoloniale Theorie die Selbstverständigungsdiskussionen der neuen sozialen Bewegungen begleitet hat (1). Schon in diesen poststrukturalistisch geprägten Debatten wurde das Problem des Essentialismus diskutiert, allerdings durch den Rückgriff auf Derridas Dekonstruktion und Foucaults genealogische Subjektkritik differenzierter als in der aktuellen Debatte. Hier finden sich wichtige Ressourcen für eine politiktheoretische Reflexion des konstruktivistischen Charakters von Identität, die aber heute oft in Vergessenheit geraten sind. Um im Anschluss an diese Debatten herauszuarbeiten, dass die Konstruktion von politischer Identität zentral für Demokratie ist, entwickeln wir den Begriff der konstruktivistischen Identitätspolitik systematisch (2). Dabei steht die kollektive Ausgestaltung von nicht- bzw. gegenhegemonialen Identitäten im Mittelpunkt, die durch drei Aspekte bestimmt ist: Subjektivierung, Artikulation und Repräsentation. Diese Aspekte entwickeln wir im Anschluss an Foucault, Rancière, Laclau/Mouffe und Hall. Die Produktion nicht-essentialistischer Identitäten erscheint dabei nicht nur als eine Strategie der Anti-Diskriminierung oder als lediglich „aus Notwehr entstandenes Hilfskonstrukt“ (Sussemichel und Kastner 2018: 9), sondern als Ziel und Mittel emanzipativer Politik. Im Schluss erläutern wir die Ergebnisse im Hinblick auf die Frage nach dem Verhältnis von Identitätspolitik und Demokratie (3). Dabei zeigt sich: Identitätspolitik ist dann demokratisch, wenn sie die kritische Reflexion ihrer Identitätskonstruktionen ermöglicht und wenn sie implizit oder explizit auf universell gedachte Werte von Gleichheit und Freiheit rekurriert. Mit der radikalen Demokratietheorie argumentieren wir, dass

zielen und gegen eine emanzipative Politik der Gleichheit gerichtet sind (Müller 2019; Decker 2018). Im Folgenden konzentrieren wir uns jedoch, im Anschluss an die aktuelle politiktheoretische Debatte wie auch die Begriffsgeschichte, auf die Identitätspolitik marginalisierter Gruppen.

solche Identitätspolitik entscheidend für die Fortführung des demokratischen Projekts ist. Denn das Versprechen der Demokratie, Gleichheit und Freiheit für alle zu verwirklichen, ist wegen der vielfachen Ausschlüsse der real existierenden Demokratien uneingelöst. Diese Ausschlüsse können von marginalisierten Positionen aus besser gesehen und kritisiert werden. Weil Identitätspolitik die Artikulationsfähigkeit dieser marginalisierten Positionen stärkt und sie dazu befähigt, demokratische Werte in konkreten Situationen zu aktualisieren, trägt sie zu einer vollständigeren Realisierung der Demokratie bei.

2. Spuren konstruktivistischer Identitätspolitik: Von der Dekonstruktion der Konstruktion zu ihrer Affirmation

Wenngleich es angesichts der gegenwärtig dominierenden Debatten den Anschein haben mag, ist eine Auseinandersetzung mit dem konstruktivistischen Charakter von Identitätspolitiken keineswegs neu, sondern ein zentraler Topos feministischer und postkolonialer Theorietraditionen. In deren Verlauf – und im Zuge des Einbezugs von poststrukturalistischer Theorie – hat sich der Fokus immer mehr auf die Dekonstruktion und Genealogie der kontingenten Ein- und Ausschlüsse durch Identität verschoben. Die folgende Rekonstruktion dieser Debatten zeigt erstens, dass die Ambivalenzen des politischen Bezugs auf Identität innerhalb der identitätspolitischen Theoriebildung kontrovers diskutiert wurden. Zweitens zeigt sie, dass auch bei dem dabei entwickelten dekonstruktivistischen Verständnis eine grundsätzliche Affirmation des konstruktiven Aspekts von Identität zentral bleibt.

Der westliche Feminismus hat sich in den 1960er und 70er-Jahren erneuert und enorm an Einfluss gewonnen. Ein zentrales Element des neuen Feminismus war dabei die Praxis des „Consciousness Raising“ (MacKinnon 1991: 83 ff.) – also der gemeinsamen Bewusstwerdung über die spezifische Position der Frau in der patriarchalen Gesellschaft, mithin, die Bewusstwerdung einer geteilten Identität als Frau. Die Methode beruht auf dem Erfahrungsaustausch unter Frauen und ist eine aktive gemeinsame Konstruktionsleistung. MacKinnon beschreibt die epistemologischen Konsequenzen in expliziter Anlehnung an Marx' Problem des falschen Bewusstseins innerhalb der kapitalistischen Ideologie. Wie im Kapitalismus sei im Patriarchat das Bewusstsein vom Sein geprägt und deshalb verstellt. Allerdings sind wie bei Marx die Arbeiter (sic! insofern bei Marx die Frauen kaum eine Rolle spielen) bei MacKinnon die Frauen aufgrund ihrer sozialen Rolle und

den dadurch möglichen Erfahrungen in einer epistemisch privilegierten Position, die herrschende patriarchale Ideologie durchschauen bzw. aufbrechen zu können (Haslanger 2013). Doch obwohl das Leben als Frau ein feministisches Bewusstsein grundsätzlich ermöglicht, ist – wiederum analog zum Marxismus und dem fehlenden Bewusstsein der Arbeiterklasse – das Problem, dass viele Frauen angepasst an die patriarchale Ideologie leben. Genau hier setzt Consciousness Raising ein und realisiert das im Leben als Frau vorhandene Potenzial der gemeinsamen Konstruktion einer politischen Identität als Frau.

MacKinnon gilt heute als eine Vertreterin des radikalen Differenzfeminismus, in der die Identität als Frau tendenziell als essentialistisch verstanden wurde. Es gebe demnach einen Kern geteilter weiblicher Erfahrung, die Frauen aufgrund ihres biologischen Geschlechts machten.⁴ Dieser identitätspolitische Essentialismus wurde in den Weiterentwicklungen zum Queerfeminismus und durch die queere Theorie kritisiert (vgl. Villa 2007). Die poststrukturalistische Theorie, insbesondere Foucaults Genealogie der Erfahrung der „Sexualität“, hat für die Entwicklung eines solchen queeren Denkens, das auf die Kritik von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit abzielt, sowohl auf feministischer und lesbischer Seite (Maihofer 1995; Meißner 2010) als auch innerhalb der schwulen Theorie (Halperin 1995; Schubert 2019, 2021), eine zentrale Rolle gespielt. Am früheren Differenzfeminismus wurde entsprechend kritisiert, dass die Kategorie „Frau“ zu heterogen ist, um sie ohne Weiteres zur Basis eines politischen Projekts zu machen, insbesondere weil biologische Geschlechtsmerkmale für die Analyse konkreter Diskriminierungsverhältnisse nicht ausreichend seien und erst durch ihre Intersektion mit heteronormativen, kapitalistischen, rassistischen (Federici 2012; Scheele/Wöhl 2018; Robinson 2000) und einer Vielzahl anderer Verhältnissen ihre volle Macht entfalteten.

Auf die tendenzielle Ausblendung von Intersektionalität durch den weißen, westlichen und bürgerlichen Feminismus – analysiert insbesondere von Schwarze Feministinnen (Combahee River Collective 1979; Hill Collins 1986; Hooks 1984) – wurde auch durch eine grundsätzliche Reflexion auf Identitätspolitik und ihre Ausschlusseffekte reagiert. Unter Rückgriff auf die Methode der Dekonstruktion (Derrida 2001) hat Butler (1999, 1995c) herausgearbeitet, dass Identitätskonstruktionen notwendigerweise mit Ausschlüssen einhergehen, weil sie sich in der Abgrenzung von einem konstitutiven Außen bilden, das die Identität zugleich ermöglicht und be-

4 Siehe zur Problematisierung des dadurch perpetuierten Opferstatus Brown (1995).

droht. Butler zeigt, dass unsere Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität nicht auf biologische Tatsachen zurückgeführt werden können, sondern das Resultat gesellschaftlicher Praxis sind. Geschlecht wird performativ und iterativ nach der heteronormativen Matrix aufgeführt. Die performative Auffassung von Geschlecht eröffnet die Möglichkeit einer neuen Art antiessentialistischer Kritik, die radikaler ist als der klassische, essentialistische Feminismus. Sie macht eine Politik vorstellbar, die Identitätskategorien nicht verpflichtet ist, sondern kritisch untersucht, welche Folgen es hat, sich auf diese Kategorien zu berufen und sie durch abweichende Performances zu transformieren und auch neue Lebensformen außerhalb dieser Kategorien zu ermöglichen. Obwohl bei Butler die Dekonstruktion der Unterscheidung von *sex* und *gender* im Mittelpunkt steht, wodurch sie den Bezug auf die Identitätskategorie „Frau“ hinterfragt, teilt sie das konstruktivistische Element der Identitätspolitik mit MacKinnon. Es geht ihr um eine gemeinsame politische Praxis und Reflexion, die Subjektivierungen ändert und dadurch individuelle und kollektive Transformation ermöglicht (Butler 1995b: 50).

Sabine Hark hat dieses neue Level an Reflexivität der Identitätspolitik für die deutsche Debatte erschlossen und bezüglich der Frage konkretisiert, wie lesbische Identitätspolitik emanzipativ sein kann, obwohl die Identität „Lesbe“ „Instrument und Effekt normalisierender und disziplinierender Machttechniken“ ist (Hark 1999: 17). Das Problem ist, dass jene Machtmechanismen, gegen die Identitätspolitiken antreten, auch in ihnen wirken. Dies führt zu einem neuen Ausschluss, der nie ganz verhindert werden kann, aber durch essentialistische Identitätsvorstellungen deutlich verstärkt wird, wie Hark anhand der westdeutschen Lesbenbewegung seit den 1970er-Jahren zeigt (Hark 1999: 91–145). Hark skizziert mit Arendt und Foucault eine kritische Identitätspolitik, die solche essentialistischen Ausschlüsse reflektiert und Identität ständig neu verhandelt (168). Die Konstruktion einer solchen Identitätspolitik kann den Raum des Politischen als Instituierung offenhalten, wie Hark im Anschluss an Lefort und Laclau/Mouffe erläutert und ermöglicht damit ein Ethos der aktiven Herstellung und Transformation von Identität (Hark 1999: 181).

In der postkolonialen Theorie fand eine ähnliche Erweiterung einer Politik der Identitätskonstruktion hin zu ihrer reflexiven Dekonstruktion statt. Franz Fanon wies mit seinem Begriff der *Négritude* darauf hin, dass es für die Befreiung aus der Assimilation durch koloniale Regime zentral ist, eine native Identität zu konstruieren (Fanon 2002: 177ff.). Gegenwärtige Ansätze, wie Edward Saids Konzept *multipler Identitäten* oder Homi Bhab-

has Konzept hybrider Identität basieren hingegen auf genealogischer und dekonstruktivistischer Kritik (vgl. Castro Varela und Dhawan 2015: 129, 257). Debattenprägend ist vor allem Spivaks Konzept des strategischen Essentialismus. Ausgehend von der Marx'schen Unterscheidung einer Klasse an sich und für sich diskutiert Spivak ein „strategic use of positivist essentialism“ (1987: 205), um auf Basis einer imaginierten gemeinsamen Herkunft (an sich) eine selbstbewusste kollektive Identität (für sich) zu konstruieren und für diese Anerkennung und Rechte zu erstreiten. Da sich die hiermit verbundenen Gefahren der Homogenisierung und Exklusion nicht völlig abwenden ließen, sei es unerlässlich, sie laufend zu reflektieren, zu problematisieren und ihnen entgegenzuwirken (Spivak 1987: 205ff.). Dennoch müsse Identitätspolitik zunächst konstruieren, also davon ausgehen, dass die kollektive Identität nicht bereits besteht, sondern erst im politischen Prozess mitsamt ihren exkludierenden Effekten erzeugt wird (Kerner 2010: 247f.; Biskamp 2016: 188).

Grundlegend für das Denken einer konstruktivistischen Identitätspolitik sind zudem die kulturwissenschaftlichen Arbeiten von Stuart Hall (2016; vgl. Supik 2005), der sich unter anderem auf Foucault und Butler bezieht und Identitätspolitiken im Zusammenhang mit Migration, Nation und Rassismus analysiert. Auch Hall geht von einer dekonstruktivistischen Sicht auf Identität aus, entwickelt aber darauf aufbauend neue konstruktive Aspekte. Im Gegensatz zur vorherrschenden Begriffsverwendung könne eine „kritische Begrifflichkeit von Identität nicht an einem stabilen Kern des Selbst festhalten“ (Hall 2016: 170). Im Anschluss an Foucaults Subjektivierungsbegriff entwickelt Hall einen Begriff von „Identifikation als Konstruktion“, wobei er Identifikation als kontextabhängigen und kontingenten Prozess versteht (Hall 2016: 168).

Der hier erfolgte Überblick über die (queer-)feministische und postkoloniale Debatte hat aufgezeigt, dass insbesondere durch den Bezug auf poststrukturalistische Ansätze in beiden Debatten eine genealogische sowie dekonstruktivistische Kritik an Identitätspolitiken und ihren Essentialisierungen und Ausschlüssen entwickelt wurde. Innerhalb eines konstruktivistischen Grundverständnisses von Identität konzentrieren sie sich auf die Möglichkeiten der Dekonstruktion und auf (individuelle)⁵ Praxen der Ent-

5 Diese Tendenz zu individuellen Befreiungsprozessen wurde in der Diskussion um die poststrukturalistische Theorie kritisch diskutiert, zuletzt mit dem Versuch, Subjektivierungsprozesse nicht individuell, sondern kollektiv zu verstehen, vgl. Alkemeyer et al. (2018), Schwiertz (2021b) und Schubert (2016, 2021).

Identifizierung und des Widerstands, nicht aber auf die möglichen Konstruktionsprozesse alternativer Identitätsentwürfe. Deshalb steht in diesen Arbeiten auch die Bedeutung identitätspolitischer Konstruktionen für die Demokratie nicht im Mittelpunkt. Dies ist kein Fehler dieser Theorien, sondern eine Frage der Ausrichtung: Sie antworten nicht auf die aktuelle Kritik, dass Identitätspolitik die Demokratie gefährde, eben weil diese Kritik erst seit Kurzem so diskursbestimmend ist. Der nächste Abschnitt erläutert diesen Aspekt der Konstruktion systematisch und lotet ihr demokratisches Potenzial neu aus.

3. Konstruktivistische Identitätspolitik

Identitätspolitik ist kein pathologischer Essentialismus, der zu einer Spaltung der Politik führt. Vielmehr sind Identitäten das Ergebnis komplexer Konstruktionsprozesse, welche mit Ein- und Ausschlüssen einhergehen, die in der queerfeministischen und postkolonialen Theoriediskussion dekonstruiert wurden. Hiervon ausgehend rückt das Konzept der konstruktivistischen Identitätspolitik die Herstellung von Identität als einen für emanzipatorische Politiken konstitutiven Prozess in den Mittelpunkt.⁶ Zwar entzieht sich dieser Prozess einer zielgenauen Steuerung, er kann aber dennoch aktiv gestaltet werden. Mit Marx und Engels (1988: 115) gesprochen verdeutlicht konstruktivistische Identitätspolitik, wie Menschen in kollektiven Zusammenhängen unter den „vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ dennoch „ihre eigene Geschichte [machen]“. Identitäten und die mit ihnen verbundenen individuellen und kollektiven Subjektformen ergeben sich also aus sozialen Strukturen; sie sind aber keineswegs einseitig durch Herrschaftsverhältnisse determiniert (vgl. Lawler 2014). Vielmehr können Prozesse der Identitätskonstruktion (bzw. der Identifikation) in emanzipatorischer Absicht gestaltet werden, indem relativ autonome, „eigene“ Strukturen geschaffen werden.

Zentral für dieses emanzipatorische Potenzial der konstruktivistischen Identitätspolitik ist erstens die kritische *Subjektivierung*, die sie ermöglicht

6 In der sozialen Bewegungsforschung wird die Bedeutung von Identitätspolitiken mit dem Begriff „collective identity“ erfasst und auf Fragen der Mobilisierungsfähigkeit fokussiert (Polletta und Jasper 2001; Leidinger 2015); während das Konzept der konstruktivistischen Identitätspolitik produktive Anknüpfungen an die Bewegungsforschung eröffnet, konzentrieren wir uns hier auf die subjektivierungstheoretische Korrektur der aktuellen politiktheoretischen Debatte um Identitätspolitik.

(Schubert 2018). Dieser Begriff zeigt auf, dass Identitätspolitik Subjekte konstituieren kann, die gesellschaftliche Normen und Machtverhältnisse sowie ihre Rolle darin kritisch hinterfragen. Auf Grundlage dieser Fähigkeit zur Kritik können sich die Subjekte selbst, ihre identitätspolitischen Kulturen und darüber auch die Mehrheitsgesellschaft transformieren. Zweitens werden die gemeinsamen Identitäten durch Praxen der *Artikulation* ermöglicht, die heterogene Elemente verknüpfen und hierbei transformieren. Durch Bezugnahme auf demokratische Werte können Identitätspolitiken zudem über sich hinausreichen und einen universell gedachten Anspruch auf Gleichheit und Freiheit aktualisieren. Drittens werden diese Artikulationen erst durch *Repräsentation* als Zusammenhang einer Identität wahrnehmbar. Die dezidierte Praxis der Identitätskonstruktion wird so als zentrale Strategie von emanzipatorischer (Identitäts-)Politik begreifbar.

Zugleich verdeutlichen die drei Elemente auch die Ambivalenzen von Identitätspolitik: Identitätspolitik ohne reflexive Selbstkritik droht, essentialistisch zu verhärten und schädliche Ausschlüsse zu produzieren, wie der Queerfeminismus dem Differenzfeminismus attestierte. Artikulationsprozesse können hauptsächlich in Bezug auf „eigene“ Traditionen und losgelöst von weiter gefassten Bezügen und universeller Normativität stattfinden. Identitätspolitik kann hierdurch in bloße Interessenpolitik umschlagen, homogenisierend wirken und zur gesellschaftlichen Isolation führen. Und Praxen der Repräsentation laufen stets Gefahr, ein zu einseitiges Bild von Identitäten zu zeichnen, in dem sich viele nicht wiederfinden können, die sich eigentlich dieser Identität zugehörig fühlen. Hier ist der Umgang mit gruppeninternen Machtbeziehungen sowie den Opportunitäten politischer Institutionen und Diskurse ausschlaggebend. Weil diese Ambivalenzen konstitutiv für Identitätspolitik sind, ist ihre kontinuierliche Aushandlung notwendig. Entsprechend lassen sich solche Aushandlungsprozesse empirisch in identitätspolitischen Projekten beobachten, was wir im Folgenden durch zwei Beispiele illustrieren.

4. Subjektivierung

Der Begriff der Subjektivierung geht auf Foucault zurück, der damit die soziale Konstitution von Identität durch gesellschaftliche Macht beschreibt (Foucault 1994, 1989). Macht ist damit grundsätzlich produktiv, insofern sie Individuen überhaupt erst zu spezifischen Subjekten macht. In der Diskussion zu Foucault wurde aber insbesondere die normierende und ausschlie-

ßende Wirkung der Subjektivierung fokussiert (Butler 2005; Allen 2008). Der im Anschluss an die feministische und postkoloniale Theorie herausgearbeitete Aspekt der aktiven Identitätsherstellung durch Identitätspolitik, wie im Consciousness Raising oder der Herstellung einer antirassistischen Schwarzen Identität, kann mit Foucault auch als Subjektivierung durch produktive Macht verstanden werden. Eine produktive Macht allerdings, die in gegenhegemonialen Subjektivierungen von emanzipatorischen Identitätspolitiken marginalisierter Gruppen wirkt, was eine kritische Haltung zu den Vermachtungsprozessen der Mehrheitsgesellschaft und eventuell auch einen Ausbruch aus diesen ermöglicht.

Butler (1995a) beschreibt ein solches Freiheitspotential durch identitätspolitische Subjektivierung im Kontext aktueller Debatten um Foucault. Um allerdings den Aspekt der Befähigung zur Kritik durch Identitätspolitik herauszuarbeiten, ist es nötig, den Freiheitsbegriff genauer zu differenzieren. Es geht bei Freiheit, zu der identitätspolitische Subjektivierung führen kann, nicht nur um ein situatives Anders-Handeln und subversiv-performative Iteration, sondern um die langfristige und bewusst gestaltete Herausbildung alternativer Identitäten. Es ist zwar richtig, dass Subjekte aus Machtverhältnissen heraus eine relative Autonomie entwickeln, die sich nicht vollständig mit Macht verrechnen lässt und durch deren Bruchhaftigkeit und Iterabilität ermöglicht wird (Butler 2005; Meißner 2010; Saar 2007). Für die identitätspolitische Subjektivierung in Gegenkulturen ist aber nicht diese ontologisch fundamentale relative Freiheit in Machtverhältnissen entscheidend (Schubert 2018: 39ff.), sondern Freiheit als Befähigung zu Kritik, die weit über einfache Handlungsfreiheit hinausgeht. Diese Freiheit, sich kritisch und reflexiv gegenüber den Subjektivierungen der Marginalisierung zu verhalten, kann nicht vorausgesetzt werden. Vielmehr ist sie bedingt, sie ist also erst das Produkt von bestimmten Subjektivierungen (Schubert 2018, 2020a). Mit Foucault lässt sich so das von MacKinnon analysierte Consciousness Raising als eine spezifische Art von produktiver Macht verstehen, die durch kritische Subjektivierungsregime charakterisiert ist.

Während also Subjekte durch Identitätspolitik geformt werden und dies zu problematischen Schließungen und Festlegungen führen kann, lässt sich daraus keine Position *gegen* Identitätspolitik ableiten. Denn ohne identitätspolitische Subjektivierungen wäre die Entstehung von kritischer Subjektivität erschwert, was zu einer Erlahmung der demokratischen Aus-

einandersetzung führen würde.⁷ Mit Jacques Rancière kann eine solche partikuläre Subjektwerdung in Bezug auf demokratische Grundsätze als „politische Subjektivierung“ beschrieben werden (Rancière 2002: 47; Flügel-Martinsen et al. 2020; Schwiertz 2021b). Rancière betont mit dem Begriff allerdings insbesondere politische Momente der „Ent-Identifizierung“ (Rancière 2002: 48), in denen eine durch die herrschende Ordnung zugewiesene soziale Position durch die Entstehung einer neuen Subjektivität zurückgewiesen wird und befasst sich kaum mit daran anschließenden Konstruktionsprozessen von identitätspolitischen Projekten, die im Konzept der konstruktivistischen Identitätspolitik durch die Aspekte der Artikulation und Repräsentation in den Fokus genommen werden.

Subjektivierungen in identitätspolitischen Projekten sind also entscheidend, um Freiheit als Kritik zu verwirklichen. Sie ermöglichen es Marginalisierten, ein kollektiv geteiltes, machtkritisches Verständnis ihrer gesellschaftlichen Position sowie eine hierauf bezogene Identität zu entwickeln. Bei einer solchen Ausbildung kritischer Identität kommt es allerdings weniger auf ein Wesen vor der Subjektivierung an, als vielmehr auf den Prozess kritischer Subjektivierung. Subjektivierungstheorien gehen also nicht von fertigen Subjekten aus, die lernen kritisch zu sein, sondern davon, dass in diesem Lernen neue kritische Subjektivitäten entstehen, die bestehende Subjektformen ablehnen und neue entwickeln. Hier weichen die Prämissen der poststrukturalistischen Sozialontologie von essentialistischeren Ansätzen wie demjenigen MacKinnons ab, die Identitätspolitik tendenziell auf das Erkennen objektiv bestimmbarer sozialer Positionen reduzieren. Bezüglich der aktuellen Debatte zeigt der subjektivierungstheoretische Begriff von Identitätspolitik, dass die im ersten Abschnitt rekonstruierten Essentialismusvorwürfe auf einem unterkomplexen Verständnis von Identität basieren.

Zentral an der durch Identitätspolitik möglichen Freiheit als Kritik ist, dass sie ihren skeptischen Blick gegen jegliche Subjektivierungen richtet, nicht nur gegen diejenigen, die marginalisierte Personen auf ihre gesellschaftlichen Positionen festlegen. Sie richtet sich also auch kritisch gegen identitätspolitische Subjektivierungen – es geht um die Kritik von Identität allgemein, auch der durch identitätspolitische Projekte perpetuierten. Damit lässt sich – begrifflich und empirisch – differenzieren zwischen Identitätspolitiken, die kritische Selbstreflexivität mehr oder weniger stark

7 Dies zeigt auch die neuere Forschung zur politischen Epistemologie, die die epistemischen Defizite von majoritären sozialen Positionen analysiert, siehe Medina (2013).

praktizieren und damit mehr oder weniger gut mit der Gefahr des Essentialismus umgehen können.

5. Artikulation

Doch wie können die kritischen Subjektivierungsregime einer emanzipatorischen Identitätspolitik entstehen und aktiv gestaltet werden? Hier kommen Praxen der Artikulation ins Spiel. Stuart Hall betont dabei, dass Identitäten niemals einheitlich und eindeutig sind, sondern vielmehr durch die Artikulation von heterogenen und teils widersprüchlichen Elementen entstehen und sich in ihrer laufend erforderlichen Re-Artikulation transformieren (Hall 2016: 170; vgl. Supik 2005). Identitäten ergeben sich also nicht durch eine Subsumtion verschiedener Elemente unter ein übergeordnetes und einheitliches Prinzip, sondern in einem kontinuierlichen „Prozess der Artikulation“ (Hall 2016: 169). Laclau und Mouffe haben den Begriff der Artikulation hinsichtlich der Subjektivierungsregime sozialer Bewegungen konturiert. Artikulation ist demnach „jede Praxis, die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, dass ihre Identität als Resultat einer artikulatorischen Praxis modifiziert wird“ (Laclau und Mouffe 2006: 141). Durch artikulatorische Praxen entstehen Identitäten also nicht bloß als ein Mosaik aus bestehenden Elementen. Vielmehr wird die Bedeutung dieser Elemente durch ihre Verknüpfung verändert.

Durch konstruktivistische Identitätspolitik werden Traditionen, Objekte, Protestrepertoires, Habitus und Stile eigensinnig angeeignet und in einen Zusammenhang gestellt, aus dem neue Identitätsformen entstehen. Deutlich wird aus einer solchen Perspektive auch, dass politische Subjektivierungen nicht nur bei dem Diskurs einer gemeinsam formulierten Kritik an Unterdrückungsverhältnissen ansetzen. Vielmehr entstehen solche Subjektivierungen durch das Zusammenspiel von öffentlich sichtbaren Politiken der Kritik und Intervention mit relativ unsichtbaren Politiken der wechselseitigen Fürsorge und Zuneigung, der Selbsthilfe, und des Empowerments (Schwiertz 2021b): Sie gehen aus einem heterogenen Ensemble diverser Elemente hervor, das mit Foucault als Subjektivierungsdispositiv beschrieben werden könnte und das Alltagspraktiken, Affekte, kulturelle Artefakte uvm. verknüpft. Rückbezüge auf Elemente aus Geschichte, Sprache und Kultur sind hierbei nicht bloß einer Tradition verpflichtet, sondern ergeben durch ihre Artikulation etwas Neues, sodass Identitäten vielmehr „in einem Prozess des ‚Werdens‘ denn des ‚Seins‘“ hergestellt werden (Hall 2016: 171).

Dieser konstruktivistische Prozess wird umso deutlicher im von Hall beschriebenen Übergang von einer Identitätspolitik 1, in der die Differenzkategorien der Ausgrenzung zum Ausgangspunkt einer defensiven Identitätskonstruktion werden – welche marginalisierte Gruppen handlungsfähig macht und Solidarität untereinander ermöglicht, dabei allerdings auch die problematischen Ausschlüsse dieser Kategorien reproduziert – zu einem neueren Modus der Identitätspolitik 2. In dieser werden nicht bestehende Differenzkategorien affirmativ gewendet, sondern weitere heterogene Elemente einbezogen, sodass es zur Vervielfältigung von multiplen Identitäten kommt (Hall 1994a: 19, 1994b: 78).

Mit dem Konzept der Artikulation lässt sich zudem beschreiben, wie identitätspolitische Praxen emanzipatorische Grundsätze einbeziehen, die über ihre Position hinausreichen. Im Kampf gegen ihre Marginalisierung beziehen sich soziale Bewegungen und Subkulturen oft sowohl auf ihre besondere Lage als auch auf allgemeine normative Grundsätze. Durch radikale Demokratietheorie lässt sich hier zeigen, wie durch Prinzipien von Gleichheit, Freiheit und Solidarität ein demokratisches Imaginäres eingerichtet wurde, das bis heute als Bezugspunkt zahlreicher Identitätspolitiken dient (vgl. Laclau und Mouffe 2006; Balibar 2012). Das sich hieraus ergebende Spannungsverhältnis zwischen etablierten Regimen der *Demokratie*, die Identitäten hierarchisieren, und einem konflikthaften Universalismus des *Demokratischen*, der Hierarchien infrage stellt und über den Status Quo hinausweist, lässt sich als „demokratische Differenz“ (Schwartz 2019, 2021a) begreifen: Aus dem Abstand zwischen real-existierenden Institutionen, die sich als Demokratie bezeichnen, und einer Idee des Demokratischen, die nie ganz verwirklicht, aber überall und jederzeit artikuliert werden kann, entstehen potenziell emanzipatorische Kämpfe. Identitätspolitiken sind daher nicht, wie ihre Gegner meist suggerieren, auf eine partikulare Position beschränkt, sondern verweisen in ihren politischen Praxen vielfach auf den Horizont eines Universellen, indem sie Grundsätze wie Gleichheit, Freiheit und Solidarität bezogen auf ihre partikulare Situation artikulieren, was wir auch als „partikularistischen Universalismus“ bezeichnen können (Schubert 2020b: 45; ; Schubert 2023). Die Überlegungen zeigen, dass Identitätspolitiken üblicherweise über die Einforderung partikularer Rechte hinausreichen. Sie können eine ansteckende Wirkung für sozialen Wandel entfalten und solidarische Beziehungen knüpfen, indem Gemeinsamkeiten zwischen unterschiedlichen Kämpfen identifiziert werden, die sich insbesondere aus einem vergleichbaren Eintreten für demokratische Grundsätze von Gleichheit und Freiheit in der jeweils partiku-

laren Situation ergibt. Dieser Bezug bildet auch den Hintergrund für die interne Kritik an Exklusionen innerhalb identitätspolitischer Projekte. Umgekehrt lässt sich aus dieser Analyseperspektive auch aufzeigen, dass Identitätspolitiken Gefahr laufen, ihr transformatives Potenzial zu verlieren und zu einer bloßen Interessenpolitik innerhalb der hegemonialen Ordnung zu werden, wenn keine Bezüge auf universell gedachte Grundsätze artikuliert werden (Rancière 2012: 101).

Das Konzept der Artikulation zeigt, dass Identitätspolitiken nicht auf vorgefertigte, wesenhafte Identitäten zurückgreifen, sondern dass (Sub-)Kulturen und soziale Bewegungen eine intensive Identitätsarbeit erfordern, die heterogene Elemente in Beziehung setzt und deren Zusammenhang artikuliert. Die Kritik der potenziell repressiven Effekte einzelner Artikulationen ist begrifflich konstitutiver Teil der Identitätsartikulation und lässt sich empirisch in unterschiedlichen Intensitäten beobachten, was wiederum von den Repräsentationsstrukturen abhängt.

6. Repräsentation

Repräsentation ist nicht bloß eine Abbildung bereits bestehender Identitäten, sondern Teil ihrer Konstitution. Erst durch ihre Repräsentation können Identitäten als ein Zusammenhang begriffen werden und somit entstehen. In der Erweiterung des politikwissenschaftlichen Begriffs ist Repräsentation hierbei als performativer und symbolischer Prozess zu verstehen (Diehl 2019: 48). Im Einklang mit einem solchen Verständnis unterscheidet Mark Terkessidis (Terkessidis 2000; vgl. Schwiertz 2019: 228) drei Aspekte. *Vertretung* bezeichnet Repräsentationspraxen, in denen diejenigen, die zu einer kollektiven Identität gehören, in ihrem Namen sprechen und sich vertreten. Der zweite Aspekt der *Darstellung* bezieht sich auf die Art und Weise, wie sich eine Gruppe oder Kultur selbst beschreibt (siehe auch Villa Braslavsky 2020). Dies geschieht oftmals in Form von Narrativen, in denen heterogene Elemente aus unterschiedlichen Zusammenhängen so artikuliert werden, dass die Identitäten kohärent erscheinen (Keller 2011: 251). Drittens ist die Vorstellung bzw. *Imagination* einer kollektiven Identität als Einheit für Identitätspolitiken entscheidend.

Vertretung, Darstellung und Imagination haben eine wichtige strategische Bedeutung, weil sie politische Identitäten als solche sprachfähig und wahrnehmbar machen. Teil dieser Strategie der Repräsentation kann der rhetorische Bezug auf essentialisierte Elemente sein, also im Sinne von

Spivak die eigene Gruppe so darzustellen, als ob sie klar definierte Wurzeln hätte, um auf diese Weise ein kollektiver Akteur mit spezifischer Überzeugungskraft zu werden. Dass dieser Verweis auf eine gemeinsame Essenz auch als Teil einer konstruktivistischen Strategie funktionieren kann, verdeutlicht Paul Gilroy (1993: 31ff.), wenn er den strategischen Essentialismus von einem ontologischen Essentialismus abgrenzt. Durch ersteren erzeugte Identitäten beruhen demnach auf der Erfahrung des kollektiv Durchlebten; nicht auf gemeinsamen Wurzeln (*roots*), sondern gemeinsamen Wegen (*routes*) (Gilroy 1995). Als Bezugspunkt dient hier die Vorstellung eines kollektiv erzeugten und imaginierten Erfahrungsraums, wobei er im Hinblick auf die Sklaverei den Schwarzen Atlantik als konstitutiv für eine Schwarze Identität beschreibt (Gilroy 1993).

Insgesamt lässt das Konzept konstruktivistischer Identitätspolitik die permanente Transformation und Neukonstruktion von Identität deutlich werden. Dabei können identitätspolitische Konstruktionen sehr unterschiedliche Formen annehmen, die mit dem Konzept beschrieben werden können. Während es beispielsweise im Feld migrantischer Selbstorganisationen im Rahmen politischer Gruppen um Prozesse geht, in denen trotz der Heterogenität der involvierten Positionen eine gemeinsame politische Identität entwickelt wird (Schwartz 2019; Odugbesan und Schwartz 2020), lässt sich im Hinblick auf das weitergefasste Feld schwuler Kultur und Politik ein Schwerpunkt auf die Aushandlung unterschiedlicher politischer Strategien legen, die sich im Verlauf einer langen Geschichte herausgebildet haben.⁸ Dabei zielen Identitätspolitiken auf einen politischen Wandel, der auch auf die Identitäten zurückwirkt, sodass diese selbst umstritten werden. So würde Migration mit der Überwindung einer nationalstaatlichen Weltordnung eine andere Bedeutung erlangen und der Kampf um einen Aufenthaltsstatus in einem Nationalstaat sowie die damit verbundenen Identitäten obsolet werden, wengleich im Zuge einer solchen Transformation von Grenzen vermutlich neue Formen migrantischer Identitätspolitik entstünden. Bereits heute zeigen sich gegenläufige Strategien, die sich teils auf eine migrantische Position und teils auf eine post-migrantische Haltung beziehen (Tsianos und Karakayali 2014; Foroutan 2019). In der schwulen Identitätspolitik ist der Bezug auf eine kollektive Identität ebenfalls umstritten. Die Auflösung der Identität durch das Erreichen einer relativen rechtlich gesicherten Diskriminierungsfreiheit ist für einige das erklärte

8 Siehe Schubert und Schwartz (2021) zur ausführlichen Diskussion dieser Beispiele bezüglich der Elemente Subjektivierung, Artikulation und Rekonstruktion.

Ziel, was von einer queeren Perspektive als Assimilation kritisiert wird. Queere Identitätspolitik insistiert folglich auf dem spezifischen Eigenwert von queerer Kultur und zielt nicht auf die Überwindung von Identitätspolitik (Halperin 2012). Im Schluss zeigen wir, wie diese Ergebnisse auf die aktuelle Debatte um Identitätspolitik und Demokratie antworten und wie das Konzept der konstruktivistischen Identitätspolitik als eine normative Heuristik zur Bewertung politischer Strategien verwendet werden kann.

7. Identitätspolitik und Demokratie

Identitätspolitik ist nicht eine nachträgliche Störung des politischen Diskurses, sondern bringt überhaupt erst die politischen Identitäten hervor, mit denen dieser Diskurs auf einer breiten gesellschaftlichen Basis geführt werden kann. Um diesen für Demokratien konstitutiven Prozess differenzierter zu verstehen, haben wir den Begriff der „konstruktivistischen Identitätspolitik“ vorgeschlagen und hinsichtlich der Aspekte Subjektivierung, Artikulation und Repräsentation ausdifferenziert. Auf dieser politik- und sozialtheoretischen Basis können wir einen neuen Blick auf den in aktuellen Debatten geäußerten Hauptvorwurf gegen die Identitätspolitik richten: Sie zersetze Diskurse und das je nach politischer Orientierung unterschiedlich konzipierte „Wir“ durch die Essentialisierung von Identitäten. Typische Positionen von Kritiker:innen⁹ – die kommunitaristisch-liberale von Fukuyama, die kapitalismuskritische von Fraser und die identitätspolitikfreundliche von Susemichel und Kastner – setzen ein Universelles gegen den identitätspolitischen Partikularismus: das Universelle der nationalen Bürgerschaft und Leitkultur (Fukuyama), der transformativ-sozialistischen Politik (Fraser) und des intersubjektiven Diskurses (Susemichel/Kastner). Was ändert die konstruktivistische Perspektive bezüglich dieser Vorwürfe? Die Aufschlüsselung der verschiedenen Aspekte der Identitätskonstruktion und ihre Verknüpfung mit bestimmten Wissensformen zeigt, wie zentral die Partizipation in identitätspolitischen Projekten für politische Kritikfähigkeit, Handlungsmacht und Teilhabe ist. Durch identitätspolitische Subjektivierung entstehen politische Identitäten in Bezug auf eine besondere gesellschaftliche Position, die mit der Fähigkeit zur kritischen Reflexion von Machtverhältnissen in der Dominanzgesellschaft und in identitätspolitischen Projekten einhergehen. Das dabei entwickelte politische Wissen

9 Siehe zur ausführlichen Diskussion dieser Positionen Schubert und Schwiertz (2021).

gewinnt durch Artikulation und Repräsentation nicht nur einen relativ kohärenten Zusammenhang, sondern potenziell intersubjektive Verallgemeinerung, aus der sich weithin nachvollziehbare politische Forderungen ergeben können. Diese Verallgemeinerung von standpunktbezogenem Wissen (Harding 2004) durch intersubjektive Aushandlung sowie den Bezug auf demokratische Grundsätze ermöglicht die Teilnahme an politischen Auseinandersetzungen. Ohne diese Auseinandersetzungen kann es nach der radikalen Demokratietheorie, die Demokratie als konflikthafte Praxis begreift, keinen Fortschritt geben (Celikates 2009, 2019; Celikates et al. 2015; Comtesse et al. 2019; Flügel-Martinsen et al. 2020; Gebhardt 2020; Schubert 2020c; Schwiertz 2019, 2021a). Der Bezug auf das Universelle ermöglicht es also, über einen Partikularismus hinauszugehen, ohne diesen aber aufzulösen, da das Universelle nur partikular-konkretisiert eingefordert werden kann (Schwiertz 2019: 89; Schubert 2020b: 45; Schubert 2023). Solche Verallgemeinerungen ermöglichen es zudem, über Identitätsgrenzen hinweg Beziehungen transversaler und inklusiver Solidarität einzugehen (Yuval-Davis 2001; Schwiertz und Schwenken 2020). Eine derart reflektierte Identitätspolitik steht daher nicht im Widerspruch zu pluralen Allianzen (Foroutan 2019) und der Suche nach dem Gemeinsamen (Hark 2021), sondern bildet eine Basis für Bündnisse mit jenen, die nicht unmittelbar von jeweiligen Diskriminierungen betroffen sind, sich aber zusammen dagegen positionieren.

Der politische Diskurs wird somit nicht durch Identitätspolitik gefährdet und zersetzt, wie ihre Kritiker:innen behaupten, sondern ist auf sie angewiesen, weil sie ihn laufend um neue Perspektiven erweitert und damit die Auseinandersetzung um die Aktualisierung demokratischer Grundsätze belebt.¹⁰ Diese grundsätzliche Anerkennung des demokratischen Potentials von Identitätspolitiken ermöglicht es dann auch, deren problematische Wendungen in bestimmten Fällen gezielter zu kritisieren. So stimmen wir Lea Susemichel und Jens Kastner (2018) sowie Paula-Irene Villa Braslavsky (2020) zu, dass Identitätspolitiken mit einer Essentialisierung sowie einer unterkomplexen Sicht auf politische Auseinandersetzungen einhergehen können, wenn soziale mit inhaltlichen Positionen gleichgesetzt werden, was Villa Braslavsky als „positionalen Fundamentalismus“ (2020: 74) bezeichnet. Identitätskonstruktionen können tatsächlich für eine gemeinsame Aushandlung des Demokratischen zum Problem werden, wenn die eigene

10 Siehe hierzu auch die demokratietheoretische Diskussion zum Einbezug von Differenz (Young 2000; Benhabib 1996).

Identität als absolut verschieden gesetzt wird und so Grenzziehungen naturalisiert werden. Damit wird genau das Potenzial zur Freiheit als Kritik, das die Identitätspolitik auszeichnet, nicht eingelöst. Ebenso kann sich eine solche exzessive Essentialisierung sprachlich ausdrücken, wenn bestimmte Redeweisen als allgemein (voraus-)gesetzt und nicht ausreichend Bezugspunkte zur gewöhnlichen Sprache hergestellt werden (Mau 2021). Dies wird dann zum Problem, wenn neue Redeweisen nicht allgemeinverständlich vermittelt und übersetzt werden, weil die erforderlichen – aber aufgrund sozialer Positionen unterschiedlich verteilten – Ressourcen, die für das Lernen eines identitätssensiblen Sprachgebrauchs benötigt werden, nicht ausreichend mitgedacht werden. Diese Problematiken von Identitätspolitik können allerdings vermieden werden, wenn der Konstruktionsprozess der eigenen Identität wiederholt reflektiert wird, um unterschiedliche soziale Positionen, deren intersektionale Verknüpfung und ihre Transformation zu berücksichtigen. Diese kritische Reflexion prägt in heutigen Identitätspolitiken zwar nicht jede einzelne Handlung und Äußerung, ist aber doch insgesamt gängig, wie die beiden ganz unterschiedlich gelagerten Beispiele zeigen können.

Zudem ist es trotz dieser Fallstricke konstitutiv für die Demokratie, einen agonalen Raum des Gemeinsamen zu eröffnen, in dem sich Gesprächspartner:innen auch im Dissens als Gleiche anerkennen. Insofern gilt es grundsätzlich, jede intersubjektiv anschlussfähige Identitätspolitik als Teil solcher agonal-politischen Aushandlungsprozesse zu akzeptieren, auch dann, wenn sie sehr verhärtet artikuliert wird. Undemokratisch ist demgegenüber, sie im Namen eines selbstgesetzten Universellen aus dem Raum des Demokratischen herauszudefinieren, wie es in der aktuellen Identitätspolitik Kritik oft geschieht. Weil das demokratische Universelle ohne partikuläre Aktualisierung gar nicht denkbar ist, ist die Demokratie auf solche Identitätspolitik für ihre demokratische Erneuerung angewiesen. Während identitätspolitische Konstruktionsprozesse zwar immer wieder zu Essentialisierungen tendieren und Ausschlüsse produzieren, ist die kritische Reflexion solcher Tendenzen der Identitätspolitik inhärent. Identitätspolitik führt deshalb üblicherweise nicht zu schädlichen Spaltungen. Vielmehr ist sie grundlegend für eine breite gesellschaftliche Beteiligung am politischen Streit, weil marginalisierte Gruppen durch Identitätspolitik politische Handlungsmacht entwickeln können. Identitätspolitik ist deshalb notwendig für eine Demokratisierung der Demokratie.

Literatur

- Alkemeyer, Thomas/Peter, Tobias/Bröckling, Ulrich (Hg.) 2018: *Jenseits der Person: Zur Subjektivierung von Kollektiven*. Bielefeld: transcript.
- Allen, Amy 2008: *The politics of our selves: power, autonomy, and gender in contemporary critical theory*. New York: Columbia University Press.
- Balibar, Étienne 2012: *Gleichfreiheit: Politische Essays*. Berlin: Suhrkamp.
- Biskamp, Floris 2016: *Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit*. Bielefeld: transcript.
- Brown, Wendy 1995: *States of injury: power and freedom in late modernity*. Princeton: Princeton Univ. Pr..
- Butler, Judith 1995a: Auf kritische Weise queer. In: Dieselbe: *Körper von Gewicht: Die diskuriven Grenzen des Geschlechts*. Berlin: Berlin Verlag, S. 293–319.
- Butler, Judith. 1995b: Contingent foundations. In: Benhabib, Seyla/Butler, Judith/Cornell, Drucilla/Fraser, Nancy (Hg.), *Feminist contentions. A philosophical exchange*. London: Routledge, S. 35–57.
- Butler, Judith 1995c: *Körper von Gewicht*. Berlin: Berlin Verlag.
- Butler, Judith 1999: *Gender trouble: feminism and the subversion of identity*. New York: Routledge.
- Butler, Judith 2005: *Psyche der Macht: Das Subjekt der Unterwerfung*. Übersetzt von Reiner Ansén. Frankfurt am Main: Suhrkamp..
- Calhoun, Craig J. (Hg.) 2003: *Social theory and the politics of identity*. Malden: Blackwell.
- Castro Varela, María do Mar, María/Dhawan, Nikita 2015: *Postkoloniale Theorie: Eine kritische Einführung*. Bielefeld: transcript.
- Celikates, Robin 2009: *Kritik als soziale Praxis: Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie*. Frankfurt am Main: Campus.
- Celikates, Robin/Kreide, Regina/Wesche, Tilo (Hg.) 2015: *Transformations of democracy: crisis, protest and legitimation*. London: Rowman & Littlefield.
- Combahee River Collective 1979: A black feminist statement. In: Eisenstein, Zillah R. (Hg.), *Capitalist patriarchy and the case for Socialist feminism*. New York: Monthly Review Pr, S. 210–218.
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska, Nonhoff, Martin (Hg.) 2019: *Radikale Demokratietheorie: Ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp.
- Decker, Frank. 2018. Was ist Rechtspopulismus? In: *Politische Vierteljahresschrift* 59(2), S. 353–369.
- van Dyk, Silke 2019: Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. In: *APuZ* 69(9–11), S. 25–32. [<http://www.bpb.de/apuz/286508/identitaetspolitik-gegen-ihre-kritik-gelesen-fuer-einen-rebellischen-universalismus>]. < 4. Sept. 2019>.
- Diehl, Paula 2019: Interdisziplinarität, Politische Repräsentation und das Imaginäre: Plädoyer für eine neue Perspektive der politischen Kulturforschung. In: Lietzmann, Hans J./Diehl, Paula/Bergem, Wolfgang (Hg.), *Politische Kulturforschung reloaded*. Bielefeld: transcript, S. 39–57.

- Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hg.) 2020: *Right-wing populism and gender: European perspectives and beyond*. Bielefeld: transcript.
- Derrida, Jacques 2001: *Limited Inc a b c*. Wien: Passagen.
- Fanon, Frantz 2002: *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Federici, Silvia 2012: *Caliban und die Hexe: Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*. Wien: Mandelbaum.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Saar, Martin (Hg.) 2020: *In Das Politische (in) der politischen Theorie*. Baden-Baden: Nomos.
- Foroutan, Naika 2019: *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: transcript.
- Foucault, Michel 1989: *Der Gebrauch der Lüste: Sexualität und Wahrheit 2*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel 1994: *Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. Französisch 1975.
- Fraser, Nancy 2017: Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp, S. 77–90.
- Fukuyama, Francis 2018: Against identity politics: the new tribalism and the crisis of democracy. In: *Foreign Affairs* 97(5), S. 90–114.
- Gebhardt, Mareike (Hg.) 2020: *Staatskritik und Radikaldemokratie: Das Denken Jacques Rancières*. Baden-Baden: Nomos.
- Gilroy, Paul 1993: *The black atlantic: modernity and double consciousness*. Cambridge: Harvard University Press
- Gilroy, Paul. 1995: Roots and routes: black identity as an outernational project. In: Harris, Herbert W./Blue, Howard C./Griffith, Ezra E.H. (Hg.), *Racial and ethnic identity. Psychological development and creative expression*. New York: Routledge, S. 15–30.
- Hall, Stuart. 1994a. Neue Ethnizitäten. In: Stuart Hall (Hg.), *Rassismus und kulturelle Identität* Ausgewählte Schriften 2., Hamburg: Argument, S. 15–25.
- Hall, Stuart 1994b: Alte und neue Identitäten, alte und neue Ethnizitäten. In: Hall, Stuart (Hg.), *Rassismus und kulturelle Identität* Ausgewählte Schriften 2., Hamburg: Argument, S. 66–88.
- Hall, Stuart. 2016: *Ideologie, Identität, Repräsentation*. Hamburg: Argument.
- Halperin, David M. 1995: *Saint Foucault: towards a gay hagiography*. New York: Oxford University Press.
- Halperin, David M. 2012: *How to be gay*. Cambridge: Belknap Press of Harvard Univ. Press.
- Harding, Sandra G. (Hg.) 2004: *The feminist standpoint theory reader: Intellectual and political controversies*. New York: Routledge.
- Hark, Sabine 1999: *deviante Subjekte: Die paradoxe Politik der Identität*. Wiesbaden: VS.

- Hark, Sabine 2021: *Gemeinschaft der Ungewählten. Umriss eines politischen Ethos der Kohabitation*. Berlin: Suhrkamp.
- Haslanger, Sally 2013: Liberatory knowledge and just social practices. In: *APA Newsletters: Newsletter on Philosophy and Law* 12(2), S. 6–11.
- Hill Collins, Patricia 1986: Learning from the outsider within: the sociological significance of black feminist thought. In: *Social Problems* 33(6), S. 14–32
- Hooks, Bell. 1984: *Feminist theory: from margin to center*. Boston: South End Pr.
- Keller, Reiner 2011: *Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS.
- Kerner, Ina 2010: Verhält sich intersektional zu lokal wie postkolonial zu global?: Zur Relation von postkolonialen Studien und Intersektionalitätsforschung. In: Reuter, Julia/Villa, Paula-Irene (Hg.), *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*. Bielefeld: transcript, S. 237–258.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2006: *Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen Verl.
- Lawler, Steph 2014: *Identity: sociological perspectives*. Cambridge: Polity press.
- Leidinger, Christiane 2015: *Zur Theorie politischer Aktionen. Eine Einführung*. Münster: edition assemblage.
- Lilla, Mark 2017: *The once and future liberal: after identity politics*. New York: Harper-Collins.
- MacKinnon, Catharine A. 1991: *Toward a feminist theory of the state*. Cambridge: Harvard University Press.
- Maihofer, Andrea 1995: *Geschlecht als Existenzweise*. Zugl.: Frankfurt (Main), Univ., Habil.-Schr., 1994.
- Manow, Philip 2019: Politischer Populismus als Ausdruck von Identitätspolitik? Über einen ökonomischen Ursachenkomplex. In: *APuZ* 69, S. 33–40.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich 1988: In *Werke*, Bd. 8, Berlin: Dietz.
- Mau, Steffen 2021: „Wut kann Impulse setzen, aber keine Probleme bearbeiten“ im Interview mit Nils Markwardt. In: *Philosophie Magazin*, 15. April 2021.
- Medina, José 2013: *The epistemology of resistance*. Oxford: Oxford University Press.
- Meißner, Hann. 2010: *Jenseits des autonomen Subjekts*. Bielefeld, Berlin: transcript.
- Müller, Jan-Werner 2019: „Das wahre Volk“ gegen alle anderen: Rechtspopulismus als Identitätspolitik. In: *APuZ* 69(9–11), S. 18–24.
- Odugbesan, Abimbola/Schwartz, Helge 2020: Refugee struggles in Germany between universal and particular claims. In: Pioch, Roswitha/Toens, Katrin (Hg.), *Innovation und Legitimation in der Migrationspolitik*, Wiesbaden: Springer, S. 149–168.
- Polletta, Francesca/Jasper, James M. 2001: Collective identity and social movements. In: *Annual Review of Sociology* 27, S. 283–305.
- Rancière, Jacques 2002: *Das Unvernehmen: Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques 2012: *Der Hass der Demokratie*. Berlin: August-Verl.

- Robinson, Cedric J. 2000: *Black Marxism: The making of the Black radical tradition*. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Saar, Martin 2007: *Genealogie als Kritik: Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault*. Frankfurt: Campus.
- Scheele, Alexandra/Wöhl, Stefanie (Hg.) 2018: *Feminismus und Marxismus*. Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Schubert, Karsten 2016: Widerstand im Kollektiv: Bericht zur Tagung Jenseits der Person. Die Subjektivierung kollektiver Subjekte an der Universität Leipzig, 6.–8. April 2016. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 7(1), S. 136–139.
- Schubert, Karsten 2018: *Freiheit als Kritik: Sozialphilosophie nach Foucault*. Bielefeld: transcript.
- Schubert, Karsten 2019: The Democratic Biopolitics of PrEP. In: Gerhards, Helene/Braun, Kathrin (Hg.), *Biopolitiken – Regierungen des Lebens heute*, Wiesbaden: Springer, S. 121–153.
- Schubert, Karsten 2020a: Freedom as critique: Foucault beyond anarchism. In: *Philosophy & Social Criticism* 47(5), S. 634–660.
- Schubert, Karsten 2020b: „Political Correctness“ als Sklavenmoral? Zur politischen Theorie der Privilegienkritik. In: *Leviathan* 48(1), S. 29–51.
- Schubert, Karsten 2020c: Umkämpfte Kunstfreiheit – ein Differenzierungsvorschlag. In: *Zeitschrift für Menschenrechte* 14(2), S. 195–204.
- Schubert, Karsten 2020: A new era of queer politics?: PrEP, Foucauldian sexual liberation, and the overcoming of homonormativity. In: *Body Politics* 8(12), S. 214–261.
- Schubert, Karsten 2023: Identity politics and the democratization of democracy: Oscillations between power and reason in radical democratic and standpoint theory. In: *Constellations*, online first, S. 1–17. <https://doi.org/10.1111/1467-8675.12715>
- Schubert, Karsten/Schwiertz, Helge 2021: Konstruktivistische Identitätspolitik: Warum Demokratie partikulare Positionierung erfordert. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31(4), S. 565–593.
- Schwiertz, Helge 2019: *Migration und radikale Demokratie: Politische Selbstorganisation von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA*. Bielefeld: transcript.
- Schwiertz, Helge 2021a: Radical democratic theory and migration: The refugee protest march as a democratic practice. In: *Philosophy & Social Criticism* 48(2). <https://doi.org/10.1177/0191453721996398>
- Schwiertz, Helge 2021b: Political subjectivation and the in/visible politics of migrant youth organizing in Germany and the United States. In: *International Political Sociology* 15(3), S. 397–414.
- Schwiertz, Helge/Schwenken, Helen 2020: Introduction: inclusive solidarity and citizenship along migratory routes in Europe and the Americas. In: *Citizenship Studies* 24(4), S. 405–423.
- Spivak, Gayatri Chakravorty 1988: *Other worlds: essays in cultural politics*. New York: Routledge.

- Streeck, Wolfgang 2017: Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp, S. 253–275.
- Supik, Linda 2005: *Dezentrierte Positionierung: Stuart Halls Konzept der Identitätspolitiken*. Bielefeld: transcript.
- Susemichel, Lea/Kastner, Jens 2018: *Identitätspolitiken: Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken*. Münster: Unrast.
- Terkessidis, Mark 2000: *Vertretung, Darstellung, Vorstellung: Der Kampf der MigrantInnen um Repräsentation*. [<http://eipcp.net/transversal/0101/terkessidis/de>] <31.05.2018>.
- Tsianos, Vassilis S./Karakayali, Juliane 2014: Rassismus und Repräsentationspolitik. In: der postmigrantischen Gesellschaft. In: *APuZ* 13–14, S. 33–39.
- Villa Braslavsky, Paula-Irene 2020: Identitätspolitik. In: *POP* 9(1), S. 70–76.
- Villa, Paula-Irene 2007: Kritik der Identität, Kritik der Normalisierung – Positionen von Queer Theory. In: Hieber, Lutz (Hg.), *Images von Gewicht – Soziale Bewegungen, Queer Theory und Kunst in den USA*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 165–190.
- Villa, Paula-Irene/Geier, Andrea 2017: *Wer hat Angst vorm Zuhören?* [www.republik.ch/2019/08/17/wer-hat-angst-vorm-zuhoeren/] < 23.09. 2019>.
- Yuval-Davis, Nira 2001: *Geschlecht und Nation*. Emmendingen: Verl. Die Brotsuppe.
- Žižek, Slavoj 1998: *Ein Plädoyer für die Intoleranz*. Wien: Passagen Verlag.

